

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

20. Jahrgang

Berlin, den 20. Februar 1953

Nummer 8

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Steuerlast, Realeinkommen und Investitionstätigkeit in West-Berlin

Die Steuer- und Beitragslasten sind in den letzten Jahren sowohl in West-Berlin als auch in der Bundesrepublik ständig gestiegen. Die Einsicht, daß diese Lasten das Wachstum des Sozialprodukts beeinträchtigen, nimmt zu. Insbesondere wird West-Berlin bei der ständigen Bemühung, sein überaus niedriges Wirtschaftsniveau dem der Bundesrepublik anzugleichen, d. h. es rascher zu heben, von den hemmenden Auswirkungen der Steuerlast merkbar behindert.

Das Westberliner Sozialprodukt lag — je Einwohner berechnet — im Jahr 1952 etwa 15 vH unter jenem der Bundesrepublik, während es in Groß-Berlin vor dem Kriege den Reichsdurchschnitt um etwa 50 vH überschritten hatte. Hierbei ist zu beachten, daß sich für das Sozialprodukt in der Großstadt in der Regel höhere Werte ergeben als auf dem flachen Lande, da insbesondere in der Landwirtschaft die Löhne niedrig liegen und der sogenannte „Selbstverbrauch“ der Landwirtschaft, der einen wesentlichen Teil der ländlichen Einkommen ausmacht, üblicherweise zu Erzeugerpreisen — nicht zu den höheren Einzelhandelspreisen — in das Sozialprodukt eingeht.

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage West-Berlins ist seine relative Belastung durch Steuern und Abgaben, wie Übersicht 1 ausweist, größer als in der Bundesrepublik. Es liegt dies vor allem daran, daß das Aufkommen an Lohnsteuern und Beiträgen zur Sozialversicherung infolge der andersartigen Einkommensschichtung in West-Berlin höher liegt.

Dagegen liegen die Erträge der Einkommen- und Körperschaftsteuer in West-Berlin weit unter dem westdeutschen Aufkommen, ein Zeichen für die schwierige geschäftliche Lage und die geringen Gewinne der Westberliner Betriebe. Am auffälligsten ist der Unterschied beim Aufkommen an Körperschaftsteuern. Danach beurteilt, betragen — mangels anderer Unterlagen auf die Bevölkerung umgerechnet — die Gewinne der Aktiengesellschaften und der GmbH's in West-Berlin 1951¹⁾ nur knapp 40 vH der in der Bundesrepublik erzielten Gewinne, während sich in den Vorkriegsjahren stets ein erheblicher Vorsprung Berlins vor dem übrigen Reich ergeben hatte.

¹⁾ Wegen der Phasenverschiebung von Produktion und Steuerfähigkeit geben die in Übers. 1 aufgeführten Körperschaftsteuererträge im wesentlichen über die im Vorjahr erzielten Gewinne Aufschluß.

Das Aufkommen an indirekten Steuern und ähnlichen Abgaben machte sowohl in West-Berlin als auch im Bundesgebiet etwa 19 vH des Netto-sozialprodukts aus; auch hier ist zu beachten, daß der wirtschaftlichen Struktur nach in einer Großstadt normalerweise ein höheres Aufkommen an indirekten Steuern, vor allem infolge des höheren Verbrauchs an Genußmitteln, zu erwarten gewesen wäre.

Übersicht 1

Die Steuer- und Abgabenbelastung in West-Berlin und in der Bundesrepublik im Jahr 1952 gegenüber 1950

	West-Berlin		DBR	West-Berlin	DBR
	1950	1952 ¹⁾	1952 ¹⁾	1952	1952
	DM je Einwohner			1950 = 100	
1. Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	1 630	2 090	2 420	128	137
2. Brutto-Abführungen an die Öffentl. Hand. .	502	775	870	154	151
a) Direkte Steuern	93	158	210	170	188
darunter:					
aa) Lohnsteuer	46	79	72	172	200
bb) Einkommensteuer . .	26	47	79	181	184
cc) Körperschaftsteuer .	9	22	56	245	187
b) Indirekte Steuern . .	236	354	393	150	151
c) Steueräuhl. Abgaben ²⁾	13	50	72	385	114
d) Sozialvers.-Beiträge . .	160	213	195	133	138
3. Bruttobelastung (Brutto-Abführungen in vH d. Nettosozialprodukts)	30,8	37,1	36,0	120	110

¹⁾ Zum Teil vorläufige Werte. — ²⁾ Unter Zuschätzung derjenigen Verbrauchssteuern, die seit April 1952 nicht mehr über den Berliner Haushalt laufen, jedoch vom Westberliner Verbraucher getragen werden. — ³⁾ Währungsnotopfer (Berlin) bzw. Notopfer Berlin (Bundesrepublik), Lastenausgleich, Bau-notabgabe usw.

Charakteristisch für die Steuer- und Abgabenbelastung in West-Berlin ist auch die Schere, die sich zwischen dem Wachstum des Sozialprodukts und der Entwicklung des Steueraufkommens in den letzten Jahren herausbildete. So hat das Sozialprodukt in West-Berlin von 1950 bis 1952

nominal um 28 vH, in der Bundesrepublik um 37 vH zugenommen, die Abführungen an die Öffentliche Hand sind hingegen in West-Berlin um 54 vH, in der Bundesrepublik um 51 vH gestiegen. Wenn diese Erscheinung auch im wesentlichen mit der Phasenverschiebung zwischen Produktion und Steuerfälligkeit zusammenhängt, so erklärt sich doch aus ihr zum Teil die Kapitalnot, in die die Westberliner Betriebe — mehr als die westdeutschen Unternehmungen — geraten sind.

Die Steuern auf Löhne und Gehälter

Im Jahre 1938 lag das Lohnniveau Berlins um rd. 20 vH über dem Reichsdurchschnitt. Heute erreicht es in West-Berlin nicht einmal mehr den Durchschnitt des Bundesgebietes und liegt weit unter dem vergleichbarer Großstädte in Westdeutschland. Die direkte Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Lohnsteuer, Währungsnotopfer und Sozialversicherungsbeiträge (ohne Arbeitgeberanteil) betrug 1950 durchschnittlich 16,6 vH, 1951 17,5 vH und 1952 18,6 vH des Bruttoeinkommens; die Steigerung ist fast ausschließlich der Lohnsteuer zuzuschreiben (vgl. Übersicht 2). Berechnet man — über den Lebenshaltungskostenindex — die Entwicklung der Realeinkommen seit 1950, so ergibt sich zwar für die Lohn- und Gehaltssumme eine Zunahme um 13 bzw. — in den zwei Jahren — um 18 vH, jedoch ist das Realeinkommen je Beschäftigten nur bis 1951, und zwar um 7 vH, gewachsen; seitdem hat jedoch keine nennenswerte Zunahme mehr stattgefunden. Praktisch haben bei realer Rechnung im letzten Jahr die Zunahme der Lebenshaltungskosten sowie die durch die Steuerprogression bedingte Steigerung der Lohnsteuerquote die fünfprozentige Mehrung der Nominal-einkommen je Lohn- und Gehaltsempfänger im Durchschnitt völlig aufgezehrt.

Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß eine solche Entwicklung die Arbeitsfreudigkeit beeinträchtigt, auch war sie, soweit sie eine Folge der Steuerprogression bei nominal zwar höheren, real aber kaum gestiegenem Einkommen ist, vom Gesetzgeber schwerlich beab-

sichtigt. Es liegt nahe, durch eine Änderung der Steuergesetzgebung künftig die Mehrleistung wieder zu belohnen, statt vor ihr abzuschrecken.

Die Einkommen der Unternehmungen und Selbständigen

Die Bruttoeinkommen der Unternehmungen und Selbständigen in West-Berlin sind in ihrer Gesamtheit seit 1950 nicht in gleichem Maß gestiegen wie die Summe der Löhne und Gehälter. Da sich jedoch — im Gegensatz zu der Zahl der Arbeitnehmer — die Zahl der Selbständigen in den beiden letzten Jahren kaum verändert hat, ist die Einkommensentwicklung je Einkommensbezieher nominal in beiden Bereichen im großen ganzen parallel verlaufen. Dabei war allerdings die Steuerbelastung der Selbständigen-Einkommen — als Folge der bei höherem Einkommen wirksameren Steuerprogression sowie als Folge zahlreicher Sonderabgaben — ungleich höher als die Belastung der Arbeitnehmer aus Lohnsteuer und Währungsnotopfer, so daß die Nettoeinkommen der Unternehmungen und Selbständigen im Jahr 1951 nur wenig, im Jahr 1952 überhaupt nicht mehr zugenommen haben. Berücksichtigt man dazu die Preisentwicklung, so waren die realen Einkommen der Unternehmungen und Selbständigen (ohne Steuerrückstellungen) bereits 1951 um 4 vH niedriger als im Vorjahr. 1952 trat nochmals ein Rückgang um weitere 4 vH ein. Entsprechend wurden die Verbrauchsausgaben (Entnahmen) der Selbständigen eingeschränkt. Trotzdem verminderten sich die für Investitionen verfügbaren Eigenmittel ihrer realen Kaufkraft nach erheblich.

Das in Übersicht 3 zusammengestellte Zahlenmaterial über die Entwicklung der Verbrauchsausgaben der Selbständigen (Entnahmen) einerseits, der von den Unternehmungen und Selbständigen für Investitionen bereitgestellten Beträge andererseits beruht nicht auf unmittelbaren statistischen Erhebungen, sondern auf fundierten Schätzungen, die sich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Rahmen bedienen. Die auf diese Weise gefundenen Ergebnisse mögen zwar dieser oder jener Korrektur bedürfen, ihrer Tendenz nach bringen sie aber die Entwicklung zutreffend zum Ausdruck.

Übersicht 3

Die Besteuerung der Einkommen der Unternehmungen und Selbständigen in West-Berlin 1950—1952

Schätzung nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Übersicht 2
Die Besteuerung der Löhne und Gehälter in West-Berlin
1950—1952

	Einheit	1950	1951	1952
Bruttolöhne u. -gehälter ¹⁾ . . .	Mill. DM	1720	2080	2280
Steuern u. Beiträge ²⁾ . . .	"	285	365	425
Durchschnittliche Belastung der Bruttolöhne u. -gehälter durch Steuern u. Beiträge				
Insgesamt	vH	16,6	17,5	18,6
Lohnsteuer	"	5,8	6,0	7,6
Notopfer	"	1,3	1,4	1,1
Sozialversicherungsbeiträge	"	9,5	10,1	9,9
Nettolöhne u. -gehälter	Mill. DM	1435	1715	1855
Lebenshaltungskosten ³⁾	1950=100	100	106	109
Nettolöhne u. -gehälter in Preisen des Jahres 1950	Mill. DM 1950=100	1435	1620	1700
		100	113	118
Je Lohn- und Gehaltsempfänger				
Bruttolöhne und -gehälter	DM	2710	3100	3255
Steuern u. Beiträge	"	450	545	605
Nettolöhne u. -gehälter	"	2260	2555	2650
Nettolöhne u. -gehälter in Preisen des Jahres 1950	" 1950=100	2260	2420	2430
		100	107	107

¹⁾ Nach den Sozialversicherungsbeiträgen unter Zuschätzung der nicht versicherungspflichtigen Einkommensbestandteile errechnet; für 1950 und 1951 vergleiche Sonderheft Nr. 15 des DIW, S. 81. — ²⁾ Lohnsteuer, Währungsnotopfer, Sozialversicherungsbeiträge; Kirchensteuer nicht berücksichtigt, da keine statistischen Angaben vorliegen. — ³⁾ Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts Berlin; umbasiert.

	Einheit	1950	1951	1952
Bruttoeinkommen ¹⁾	Mill. DM	940	1045	1130
Steuern, Abgaben usw. ²⁾	"	130	210	300
Durchschnittliche Belastung der Bruttoeinkommen durch Steuern und Abgaben				
Insgesamt	vH	13,8	20,1	26,5
Eink. u. Körpersch.-Steuern	"	9,0	14,5	15,9
Sonstige Steuern u. Abgaben	"	4,8	5,6	10,6
Nettoeinkommen ³⁾ ⁴⁾	Mill. DM	810	835	830
davon verwendet für				
Unverteilte Gewinne, Reserven, Rückstellungen, steuerlich erlaubte Mehrabschreibungen usw. ⁵⁾	"	200	245	240
Entnahmen und Gewinnausschüttungen	"	610	590	590
Lebenshaltungskosten ⁶⁾	1950=100	100	106	109
Entnahmen in Preisen des Jahres 1950	Mill. DM 1950=100	610	555	540
		100	91	89

¹⁾ 1950 und 1951 vergleiche Sonderheft 15 des DIW, S. 81; 1952 vorläufige Schätzung. — ²⁾ Auf den Einkommen des jeweiligen Jahres ruhende Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, ferner Vermögensteuer, Währungsnotopfer, Baunotabgabe, Übergangsabgabe, Betriebsvermögensabgabe usw. — ³⁾ Bruttoeinkommen abzüglich Steuer-Soll und Abgaben usw. — ⁴⁾ Ohne Steuerrückstellungen. — ⁵⁾ Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts Berlin; umbasiert.

Die Finanzierung der Anlage-Investitionen

Die Investitionstätigkeit war in West-Berlin im Jahr 1952 — im Gegensatz zum Bundesgebiet — sowohl nominal als vor allem real geringer als im Vorjahr. Besonders bedauerlich ist dabei der Rückgang der Anlage-Investitionen im gewerblichen Bereich um rd. ein Fünftel¹⁾.

Im einzelnen haben sich die ausbezahlen ERP- und GARIOA-Kredite zuzüglich der Finanzierung aus GARIOA-Notstandsmitteln von 242 Mill. DM im Jahr 1951 auf 215 Mill. DM im Jahr 1952,

Übersicht 4

Die nominale und reale Entwicklung
der Neu-Investitionen in West-Berlin 1950—1952
in Mill. DM

	1950	1951	1952	davon:	
				1.Hj.	2.Hj.
In jeweiligen Preisen					
1. Netto-Investitionen, ges. ¹⁾	729	976	862	391	471
a) Netto-Anlage-Investitionen	469	678	643	264	379
b) Öffentl. Netto-Investitionen (Bau)	60	73	89	47	42
c) Lagerbildung	200	225	130	80	50
2. Netto-Anlage-Investitionen ²⁾	469	678	643	264	379
a) Wohnungsbau	100	99	141	41	100
b) Industrieller und sonstiger gewerblicher Bau	134	159	102	48	54
c) Maschinen u. Einrichtungen	235	420	400	175	225
3. Finanzierungsmittel für Netto-Anlage-Investitionen	469	678	643	264	379
a) Ausbezahlte ERP- und GARIOA-Kredite	186	168	158	66	92
b) GARIOA-Notstandsmittel	43	74	57	27	30
c) Mittel des öffentl. Haushalts	36	49	96	31	65
d) Restliche Mittel ³⁾	204	387	332	140	192
darunter: Eigenmittel für gewerbliche Anlage-Investitionen ⁴⁾	110	140	130	60	70
4. Zum Vergleich: Netto-Sozialprodukt zu Marktpreisen	3500	4180	4520	2160	2360
5. Netto-Investitionsrate (in vH, des jeweiligen Netto-Sozialprodukts)	20,8	23,3	19,2	18,1	20,0
darunter: Netto-Anlage-Investitionsrate	13,4	16,2	14,2	12,2	16,1
In Preisen von III/1950 ⁵⁾					
1. Netto-Investitionen, ges. ¹⁾	717	848	692	316	376
a) Netto-Anlage-Investitionen	463	592	520	215	305
b) Öffentl. Netto-Investitionen (Bau)	59	61	67	36	31
c) Lagerbildung	195	195	105	65	40
2. Netto-Anlage-Investitionen ²⁾	463	592	520	215	305
a) Wohnungsbau	98	83	107	31	76
b) Industrieller und sonstiger gewerblicher Bau	132	134	77	36	41
c) Maschinen u. Einrichtungen	233	375	336	148	188
3. Finanzierungsmittel für Netto-Anlage-Investitionen	463	592	520	215	305
a) Ausbezahlte ERP- und GARIOA-Kredite	184	147	128	53	75
b) GARIOA-Notstandsmittel	42	62	43	20	23
c) Mittel des öffentl. Haushalts	35	41	73	23	50
d) Restliche Mittel ³⁾	202	342	276	119	157
darunter: Eigenmittel für gewerbliche Anlage-Investitionen ⁴⁾	108	120	105	40	65
4. Zum Vergleich: Netto-Sozialprodukt zu Marktpreisen	3450	3950	4090	1950	2140
5. Netto-Investitionsrate (in vH, des jeweiligen Netto-Sozialprodukts)	20,8	21,5	16,9	16,2	17,6
darunter: Netto-Anlage-Investitionsrate	13,4	15,0	12,7	11,0	14,3

1) Brutto-Investitionen abzügl. laufender Verschleiß. — 2) Wie unter Punkt 1a) angegeben, Wohnungsbau usw. abzügl. laufender Verschleiß. — 3) Eigenmittel der Wirtschaft, (einschl. der Banken usw., der öffentlichen Betriebe und der Post), Hypothekarkredite, westdeutsche private Investitionskredite (für Zweigniederlassungen u.ä.). — 4) 66 vH der unverteilteten Gewinne und Reserven (s. Übersicht 3), abzügl. der für den Wohnungsbau verwendeten Eigenmittel. — 5) Mithilfe der verfügbaren Preisindizes (hier vor allem für Wohnungsbau und Investitionsgüter) umgerechnet.

1) Vgl. Übers. 4, Pos. 2b) und c).

also um etwa 11 vH verringert. In Anbetracht der gestiegenen Preise betrug die Abnahme der von dieser Seite gewährten Hilfen real aber 18 vH. Auch die aus Eigenmitteln der Wirtschaft, Hypothekarkrediten, westdeutschen privaten Investitionskrediten (z. B. für Zweigniederlassungen) bereitgestellten Mittel sind insgesamt in ähnlicher Weise zurückgegangen.

Leider ist eine Aufteilung der eigenen Finanzierungsmittel der Wirtschaft nach ihrem Verwendungszweck (Anlage-Investitionen oder Lagerbildung) aus Mangel an statistischen Unterlagen nicht möglich. Unterstellt man, daß etwa zwei Drittel der Eigenmittel den Anlage-Investitionen dienen und ein Drittel der Lagerbildung, so ergeben sich aus den Zahlen der Übersicht 4 sehr ungünstige Anteilssätze der Eigenmittel an der Gesamtfinanzierung der Anlage-Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, nämlich 1950 30 vH, 1951 24 vH und 1952 26 vH. Dabei ist zu beachten, daß unter „Eigenmitteln“ der Wirtschaft auch Beträge verstanden werden, die privatwirtschaftlich als Abschreibungen verbucht werden, soweit diese Abschreibungen das volkswirtschaftlich als erforderlich anzusehende Maß überschreiten. In den Bilanzen der meisten Westberliner Betriebe machen daher die für Anlage-Investitionen bereitgestellten Mittel nur einen Bruchteil des oben angegebenen Satzes aus. Es bedarf kaum näherer Erörterungen darüber, daß ein niedriger Anteil der Eigenmittel an den gesamten Finanzierungsmitteln wirtschaftlich ungesund ist und, auf längere Sicht betrachtet, die Durchführung vieler im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erforderlichen Investitionsvorhaben gefährdet.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Die mitgeteilten Ergebnisse zeigen, daß West-Berlin, um seinen Aufgaben gerecht zu werden, neben der Weitergewährung langfristiger Kredite auch weitgehender steuerlicher Hilfen bedarf. Ein Vorschlag in dieser Richtung wurde von der Berliner Industrie- und Handelskammer ausgearbeitet und dieser Tage veröffentlicht¹⁾. Auch die Gewerkschaften haben zu dem Programm zustimmend Stellung genommen.

Der Vorschlag sieht neben gewissen ergänzenden einkommensteuerlichen Maßnahmen die Senkung der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer auf zwei Drittel der jeweils im Bundesgebiet geltenden Sätze vor. Der rechnerische Gesamtausfall würde bei dieser Maßnahme rd. 100 Mill. DM im Jahr betragen, jedoch steht zu hoffen, daß zum mindesten ein Teil dieses Ausfalls als Folge des schnelleren Wachstums des Sozialprodukts schon im kommenden Etatjahr durch erneute Steigerung des verbliebenen Steueraufkommens ausgeglichen werden kann.

Etwa 60 vH der Steuererleichterungen würden — nach der gegenwärtigen Struktur des Steueraufkommens — der Arbeitnehmerschaft zugute kommen. Damit wäre es im Gegensatz zur Entwicklung im vergangenen Jahr möglich, auch die reale Einkommensrate je Arbeitnehmer zu verbessern. Die restliche Steuererleichterung — rd. 40 Mill. DM — würde die Eigenkapitalbildung der Unternehmungen verstärken. Dies ist gewiß kein Betrag, der bei der geschilderten Lage der Wirtschaft als übermäßiger Gewinn anzusehen wäre; als zusätzliches Eigenkapital würde er jedoch zu Buche schlagen. Insbesondere würde durch die Steuererleichterung aufstrebenden, aber kapitalarmen Betrieben der bisher durch die übermäßige Besteuerung geradezu versperrte Weg geöffnet werden, ihren Aufbau zu einem wesentlichen Teil aus laufenden Gewinnen zu finanzieren.

1) Steuerpolitisches Förderungsprogramm für Berlin in „Berliner Wirtschaft“, Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin e. V., 3. Jg. 1953, Nr. 6 vom 5. 2. 1953.

Die Aufhebung der Rationierung in Polen

Die im Januar dieses Jahres erfolgte Abschaffung der Lebensmittelkarten und Bezugscheine in Polen wurde von den amtlichen polnischen Stellen als ein Zeichen für die verbesserte Versorgungslage des Landes und gleichzeitig als ein schwerer Schlag gegen den Schwarzen Markt gewertet. Mit derselben Begründung hatte die Regierung vor genau vier Jahren die Rationierung schon einmal aufgehoben, sich aber infolge der Dürre des Jahres 1951 und des Fehlens an Reserven gezwungen gesehen, sie im Herbst 1951 wieder einzuführen. Das Kartensystem vermochte aber nicht, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Infolge ungenügender Vorräte konnten Lebensmittelkarten und Bezugscheine oftmals nur mit großer Verspätung oder überhaupt nicht beliefert werden. In dem Regierungserlaß über die Aufhebung des Kartensystems wird zugegeben, daß „die Rationierung den freien Verkauf der Waren einengte, zur Überbürokratisierung führte, Mißbräuche im Handel begünstigte und die Unkosten steigerte“¹⁾.

Alle diese Mißstände sollen jetzt durch die Aufhebung der Rationierung beseitigt werden. Es handelt sich natürlich nicht um die Einführung eines freien Handels, weil alle Preise weiterhin vom Staate festgesetzt werden²⁾. Die neuen Preise liegen jedoch erheblich über dem alten Stand und sind nur etwas niedriger als die bisherigen Schwarzmarktpreise.

Preise vor und nach der Aufhebung der Rationierung
(in Zloty)

	Einheit	Bisheriger Preis	Neuer Preis	Zunahme in vH
Roggenbrot (60%) . . .	kg	1,4	3	101
Weizenmehl (50%) . . .	"	3	6	100
Schweinefleisch je nach Qualität . . .	"	6—11	20—33	rd. 200
Rindfleisch je nach Qualität . . .	"	2,5—8	10—32	" 300
Butter	"	20	40	100
Speck	"	12,25	35	185
Zucker	"	5,25	15	185
Kohle	t	93	300	222
Leuchtpetroleum . . .	l	1,5	4	166
Washseife	kg	10	20	100
Strom	kWh	1,8	2,54	41
Personentarife auf der Eisenbahn ¹⁾	—	—	—	2) 100
Posttarife	—	—	—	2) 25
Dienstleistungen der Handwerker	—	—	—	2) bis 20
Zeitungen	—	0,15	0,20	33

1) Für die ersten 100 km. — 2) Nach allgemeinen Angaben.

Angesichts der sehr starken Preissteigerung erwies sich eine Erhöhung der Löhne, Gehälter sowie anderer Einkommen als notwendig. Die von der Regierung vorgesehenen Steigerungssätze schwanken zwischen 12 und 40 vH. Da die Zuschläge nach Gruppen gestaffelt sind, werden wohl nur die niedrigsten Lohngruppen in den Genuß der höchsten Zuschlagsquote (40 vH) gelangen³⁾.

¹⁾ Trybuna Ludu vom 4. 1. 1953.

²⁾ Der polnische Großhandel ist zu 100 vH und der Einzelhandel zu rd. 90 vH verstaatlicht.

³⁾ Gewisse Kategorien von Arbeitern im Bergbau, in gesundheitschädlichen Berufen sowie Wissenschaftler erhalten neben den entsprechenden allgemeinen Steigerungssätzen noch einen Zuschlag von 3 vH zu ihrem bisherigen Grundlohn.

Steigerungssätze für verschiedene Lohngruppen

Monatl. Grundlohn	Steigerungssatz
bis 462 Zloty	40 bis 27,7 vH
463 bis 924 Zloty	27,7 bis 21,7 vH
925 bis 1540 Zloty	21,3 bis 12,0 vH
über 1540 Zloty	12 vH

Da nach Aufhebung der Rationierung die Lebenshaltungskosten erheblich gestiegen sind, bedeutet die zugestandene Erhöhung der Einkommen um 12 bis 40 vH eine beträchtliche Verminderung der Realkaufkraft. Nach amtlichen polnischen Angaben¹⁾ machten bereits im Jahre 1951 die Aufwendungen der polnischen Bevölkerung für Lebensmittel und Kleidung durchschnittlich 84,3 vH der Gesamtausgaben je Haushalt aus (in Westdeutschland betrug diese Quote im gleichen Jahre 62,3 vH). Die neuen Preise im Jahre 1953 bringen eine weitere Verteuerung der polnischen Lebenshaltung. Für einen Durchschnittsarbeiter oder unteren Beamten mit einem monatlichen Einkommen von etwa 600 Zloty sind auch der billigste Konfektionsanzug für 610 Zloty, die billigsten Herrenschuhe für 252 Zloty und ein Oberhemd von minderer Qualität für 62 Zloty fast unbezahlbar.

Gleichzeitig mit der Aufhebung der Rationierung räumt die Regierung den Bauern ein erweitertes Verfügungsrecht über die freien Spitzen ein, um sie zu verstärktem Anbau anzuregen. Allerdings muß nach wie vor der größte Teil der Überschüsse im Wege eines Ablieferungsvertrages zu etwas höheren Preisen abgeliefert werden.

Diese Maßnahme trifft vor allem die Einzelbauern; der Kollektivbauer kann ohnehin über die Überschüsse seiner Produktionsgenossenschaft nicht verfügen.

Der eigentliche Anlaß für die Aufhebung der Rationierung in Polen ist wohl nicht, wie behauptet wird, in dem schlecht funktionierenden Kartensystem zu suchen. Es handelt sich vielmehr um eine Maßnahme zur Kaufkraftabschöpfung, die dem Staat durch die überhöhten Preise zusätzliche Mittel für die forcierte Industrialisierung des Landes und für seine Aufrüstung bringen soll. Dies ergibt sich aus der Diskrepanz zwischen dem Preis- und dem Einkommensniveau. Die Aufhebung der Rationierung erfolgt also nicht im Interesse einer besseren Versorgung der Bevölkerung und ist auch wegen des Mangels an ausreichenden Vorräten von Lebensmitteln und Industriewaren nicht fundiert. Die Reserven sind vielmehr so gering, daß die Aufhebung der Rationierung ohne starke Preiserhöhung zu einem völligen Zusammenbruch der Versorgung führen würde.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die polnische Regierung jetzt absichtlich außerordentlich hohe Preise einführt, um nach einiger Zeit gewisse Preissenkungen zu verkünden und auf solche Weise die Erfolge der kommunistischen Wirtschaft propagandistisch zu dokumentieren.

¹⁾ Ekonomista, 1952, 2. Quartal.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Albert Wissler. Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin — Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin (Ost).

Gegenstand	Einheit †)	Woche :	Vorjahr					Gegenwart								
			13.-19. Jan. 1952	20.-26. Jan. 1952	27. Jan. bis 2. Febr. 1952	3.-9. Febr. 1952	10.-16. Febr. 1952	14.-20. Dez. 1952	21.-27. Dez. 1952	28. Dez. bis 3. Jan. 1953	4.-10. Jan. 1953	11.-17. Jan. 1953	18.-24. Jan. 1953	25.-31. Jan. 1953	1.-7. Febr. 1953	9.-14. Febr. 1953
			3.	4.	5.	6.	7.	51.	52.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Arbeitsmarkt																
Arbeitslose in Westdeutschland . . .	1000	M; E	1785	•	1825	•	1894	1516	•	1688	•	1870	•	1823	•	1902
Arbeitslose in Westberlin	"	"	283	•	281	•	281	264	•	268	•	270	•	259	•	259
Versicherte Arbeitslose in USA . . .	"	Sa	1422	1408	1392	1350	1329	861	•	1231	•	•	•	•	•	•
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	Sa	216,3	216,3	217,8	217,5	219,7	229,0	227,2	229,4	228,9	230,3	230,8	230,7	228,5	•
Industrieproduktion in USA	"	"	•	223,3	222,4	224,6	221,3	232,6	231,4	235,1	232,9	228,1	230,5	231,7	231,4	230,1
Steinkohlenfödrerg. in Westdtschld.1)	1000 t	WS	2476	2507	2467	2484	2499	2810	1509	1756	2506	2540	2541	2504	2485	•
" " Großbritannien	"	"	4658	4627	4529	4612	4636	4677	2795	3502	4612	4742	4742	4736	•	•
Kohlenförderung in USA	"	"	10274	10183	9457	9603	•	8890	6954	6954	8618	8632	8632	8029	7747	•
Rohstahlerzeugung in Westdtschld.1)	"	"	198	196	205	204	202	231	146	175	229	236	235	233	231	•
" " USA	"	"	•	1873	1889	1896	1886	1992	1942	2014	2008	2032	2027	2030	1954	2019
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	98	94	102	101	108	136	115	107	142	149	149	151	149	147
Stromverbrauch in Westdeutschland .	Mill. kWh	"	729,6	729,7	723,1	722,0	709,6	824,2	652,0	•	•	•	•	•	•	•
" " Westberlin2)	"	"	22,1	23,0	22,4	21,8	21,2	27,6	23,0	23,7	26,2	26,4	26,0	26,0	25,6	25,4
Güterverkehr																
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	351,8	351,7	356,9	344,7	348,3	384,6	219,1	257,6	317,5	329,0	336,6	338,4	•	•
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	349,9	350,1	353,0	342,9	346,6	368,4	215,1	256,8	316,9	328,0	335,6	337,5	•	•
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in																
Westdeutschland u. Westberlin . . .	Mill. DM	BSt	8999	8564	9620	9215	9031	10697	10787	11270	10684	10380	10035	11096	10629	•
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	Mi	1367	1354	1354	1358	1361	1539	1550	1526	1502	1473	1455	1449	1452	1457
" " Frankreich	Mrd. frs.	Do	1827	1813	1867	1867	1831	2017	2053	2124	2110	2071	2041	2065	2084	•
" " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Do	2915	2883	2912	2933	2888	3000	3107	3156	3115	3043	2994	3004	3063	•
" " Belgisch. Nationalbk.	"	Mo	93048	92610	94197	94494	93694	94407	95512	97990	97021	95997	95783	96301	97442	•
" " Schweizer. "	" sfrs.	BSt	4576	4518	4592	4495	4440	4836	5051	5122	4938	4772	4734	4784	4684	•
" " Schwedisch. "	" skr.	"	3733	3720	3591	3735	3720	4334	4665	4580	4380	4161	4158	4351	•	•
" " Bank von Canada	" \$	Mi	1408	1389	1377	1377	1376	1539	1564	•	1544	1516	1492	1480	1481	•
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	Do	28526	28342	28347	28378	28425	30487	30757	30578	30153	29884	29687	29592	29657	29776
Geld- und Kapitalmarkt																
Bank deutscher Länder																
Inlandswechsel	Mill. DM	BSt	3918	3791	3911	3843	3485	2061	2218	2559	2453	2374	2371	2343	2187	•
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	"	"	210	150	100	113	134	294	203	355	250	27	23	51	52	•
Lombardforderungen	"	"	523	424	664	421	549	593	782	436	283	419	308	431	269	•
Vorschüsse an die öfttl. Verwaltung.	"	"	156	164	81	86	192	270	279	269	259	273	259	257	265	•
Forderungen gegen die öfttl. Hand.	"	"	5224	5043	5646	5724	5545	4293	4251	4510	4384	3861	3583	4125	4185	•
Depositen	"	"	2588	2644	2267	2519	2469	1847	2129	2142	2119	1868	1871	1580	1818	•
490 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	"	"	11672	11741	11808	11718	11875	13213	•	13426	13498	13824	•	•	•	•
Einlagen von Nichtbanken	"	"	14427	14661	14457	14674	14792	17044	•	17718	17743	17900	•	•	•	•
darunter Spareinlagen.	"	"	2626	2650	2683	2716	2744	3605	•	3878	3939	3994	•	•	•	•
Berliner Zentralbank																
Wechsel	"	"	135,5	154,5	141,9	155,2	148,7	83,6	76,8	77,3	65,7	54,8	78,5	71,1	66,9	63,3
Angekaufte Ausgleichsforderungen . .	"	"	201,5	205,6	200,7	179,7	178,9	156,4	145,3	177,6	157,1	146,1	163,2	180,3	165,7	163,8
Einlagen insgesamt	"	"	178,5	238,9	186,5	175,2	159,6	166,5	177,6	187,1	165,9	140,5	176,6	119,7	146,3	139,9
Bank von England																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	1396,8	1396,8	1396,8	1396,8	1396,7	1546,8	1571,8	1571,8	1521,8	1496,8	1496,7	1496,8	1496,8	1496,8
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	"	380,8	357,9	351,6	374,3	371,8	389,1	380,8	382,4	379,3	377,1	356,4	349,7	350,7	379,7
Depositen insgesamt	"	"	397,4	387,9	381,3	400,1	394,7	383,7	389,1	415,6	385,9	387,8	384,9	384,3	382,4	406,5
Bundes-Reserve-Banken USA																
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Do	49973	49510	49008	48879	49545	53873	53291	52563	52286	52369	52191	51859	51659	•
darunter: Goldzertifikate	"	"	20885	20957	21012	21074	21119	21805	21185	21125	21125	21150	21120	21080	20980	•
" " Regierungspapiere	"	"	23119	22994	22785	22614	22499	24469	24539	24845	24391	24205	24033	23970	23989	•
Einlagen insgesamt	"	"	21345	21333	20963	20927	21040	22506	22598	22274	22437	22178	22053	22196	22144	•
darunter: Regierungseinlagen	"	"	138	11	221	52	261	371	638	458	622	455	343	745	672	•
Zinssätze																
in Westdeutschland																
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	o/o p. a.	Sa	6	6	6	6	6	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4	4	4	4	4	4
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsfr.	"	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Tagesgeld in London	"	"	3/4-1 1/4	3/4-1 1/2	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	2 3/4-3 3/4	2 3/4-3 3/4	2 3/4-3 3/4	2 3/4-3 3/4	2 3/4-3 3/4	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5
Effektenmarkt																
400ige Wertpapiere in Westdeutschland																
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	81,44	81,56	81,11	81,43	81,33	82,76	82,81	82,94	82,96	83,18	83,32	83,41	83,43	•
dar. Plandbriefe d. Hypothekenbanken	"	"	81,68	81,29	80,82	81,34	81,24	84,06	84,06	84,21	84,21	84,44	84,57	84,65	84,65	•
" " d. öfttl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	79,09	78,97	78,16	78,34	78,41	82,25	82,28	82,34	82,34	82,50	82,81	83,00	83,09	•
Kommunalobligationen	"	"	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
der Hypothekenbanken	"	"	77,05	76,90	76,10	75,90	75,25	78,95	79,25	79,25	79,25	79,35	79,90	80,10	80,10	•
der öfttl.-rechtl. Kreditanstalten	"	"	81,00	81,17	80,83	80,83	80,50	82,92	83,25	83,58	83,58	83,58	84,00	84,00	84,00	•
Industrieobligationen	"	"	82,74	84,38	84,21	84,35	84,17	79,97	80,08	80,15	80,26	80,56	80,49	80,59	80,65	•
Aktienindex, Westdeutschland 3)	Dez. 48 = 100	Fr	379,5	399,3	382,0	392,7	377,0	278,4	•	294,4	299,0	292,2	292,6	289,0	288,3	287,4
Aktienindex, Großbritannien 4)	1.7.1935 = 100	"	114,9	113,6	114,6	114,8	113,5	115,2	115,8	115,8	116,1	117,9	118,9	119,4	120,6	122,7
Aktienindex, USA 5)	1935/39 = 100	Mi	204,2	207,5	205,4	203,8	202,4	213,0	214,4	217,1	216,1	213,4	213,7	213,9	215,6	•
Wechselkurse																
Notenfreiverkehr in Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	86,00	87,00	86,75	87,25	86,00	91,25	90,75	91,13	91,00	90,50	89,50	89,00	89,00	89,50
" " New York	\$ je 100 DM	"	19,625	20,000	19,750	19,875	19,625	21,250	21,125	21,250	21,125	21,125	20,750	20,875	20,750	20,875
DM-Ost in Berlin (Mittelkurs) . . .	je DM-West	Fr	4,12	4,27	4,42	4,44	4,37	5,39	5,39	5,29	5,25	5,25	5,44	5,54	5,58	5,78
Warenpreise																
Großhandelsindizes																
Rohstoffpreise in USA (Moody) . . .	31.12.31 = 100	Fr	454,7	456,3	454,5	449,1	438,7	401,6	407,7	409,2	407,6	405,2	405,3	406,5	405,8	408,7
Reagible Preise in Großbritannien	"	"	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Gesamtindex 6)	1935 = 100	"	510,3	517,4	512,6	505,2	501,7	421,2	•	412,9	407,4	403,1	404,3	397,4	•	•
davon: Ackerbauerzeugnisse	"	"	318,7	325,1	322,9	315,8	317,0	285,6	•	277,3	276,5	273,6	274,0	273,9	•	•
Rohstoffe	"	"	816,8	823,4	813,8	808,5	793,1	621,3	•	614,6	600,1	593,9	596,9	576,6	•	•
Großhandelspreise																
Baumwolle, New York, loco.																

¹⁾ Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — ²⁾ Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — ³⁾ Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (F.A.Z.). Ab 7. 11. 52 verfeinertes Berechnungsverfahren. — ⁴⁾ 30 Stammaktien, London (Financial Times). — ⁵⁾ 365 Industrieaktien, New York (Standard and Poor's). — ⁶⁾ Aus: „The Economist“, London.